

Es gilt das gesprochene Wort.



**Bündnis Oberhausener Bürger
im Rat der Stadt Oberhausen**

Rede zum

zum Haushalt 2020

Ratssitzung am 18. November 2019

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst vielen Dank an den Kämmerer und sein Team für die
Aufstellung und Einbringung des Haushalts 2020.

Zum vierten Mal in Folge legt der Kämmerer - auch dank der
Finanzmittel aus dem „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ - einen
ausgeglichenen Haushalt vor.

Der Rat will mit dem Haushalt 2020 die Weichen stellen und das
Leben in unserer Stadt für das nächste Jahr gestalten.

In Wirklichkeit haben wir aber zwischen den Sparzwängen, die
uns durch Ratsbeschlüsse der letzten Jahre entstanden sind und
den weiter zunehmenden Aufgaben, die uns Bund und Land
aufbürden, kaum noch finanziellen Handlungsspielraum.

Das Haushaltsjahr 2020 wird kein einfaches. Schon kleine
Verschlechterungen der Erträge oder Erhöhungen der
Aufwendungen bringen das ganze Kartenhaus zum Einsturz.

Verminderungen der Gewerbesteuerereinnahmen oder soziale
Mehrbelastungen auf denen die Stadt sitzen bleibt, machen den
Haushaltsausgleich unmöglich.

Mit dem Haushalt 2020 endet der „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ und es fließen aus diesem Topf keine Mittel mehr nach Oberhausen.

Es ist völlig offen, ob und wie aus eigener Kraft der Haushalt ab 2021 mit einem zweistelligen Millionenbetrag kompensiert werden kann. Bund und Land lassen die Kommunen in NRW bezüglich einer Nachfolgeregelung für den Stärkungspakt und in der Frage einer Altschuldenregelung völlig in der Luft hängen.

Belegt wird dieses Dilemma durch den heutigen WAZ Artikel "NRW zögert beim Altschulden-Programm".

Ein nun schon über Jahre andauernder Eiertanz, der für die Politik und die gesamte Stadtgesellschaft eine enorme Belastung darstellt.

BOB im Rat appelliert daher dringend an alle Mitglieder der im Land und Bund vertretenen Parteien die Frage auskömmlicher Kommunalfinanzen nicht im politischen Gerangel der ideologischen Befindlichkeiten zu vergessen.

Oberhausen braucht eine Finanzausstattung, die uns in die Lage versetzt, den kommunalen Aufgaben nachkommen zu können.

Wir brauchen ein Gemeindefinanzierungsgesetz, das die Bedürfnisse der Ruhrgebietskommunen berücksichtigt, eine Zinsabsicherung von kommunalen Krediten und dringend einen Altschulden-Fonds, der Oberhausen von den Lasten des

Strukturwandels der Vergangenheit entlastet, liebe Kolleginnen und Kollegen!

2020 ist auch Wahljahr. Offensichtlich hat für einige Parteien der Wahlkampf schon jetzt begonnen:

Die Chance, die Luise-Albertz-Halle auf eine solide wirtschaftliche und professionelle Basis durch die Pachtvertragsvergabe an SMG zu stellen, ist durch das Verhalten der SPD in der Sondersitzung des Rates am 09. Oktober 2019 leider vertan worden.

Ab dem 01. Januar 2020 muss nun wieder improvisiert werden. Die Stadthalle steht erneut vor einer ungewissen Zukunft.

In der Öffentlichkeit muss sich der Rat dieser Stadt der Lächerlichkeit preisgeben, weil nach jahrelangem Hin und Her die wirtschaftlich beste Lösung ausgeschlagen wurde.

Auch die Posse um das Moratorium zur Ausweitung des Parkraumbewirtschaftungskonzeptes kann nur wahltaktischen Überlegungen entsprungen sein.

Die WAZ- titelte am 23. September 2019 „Oberhausener Rat knickt vor Parkgebühren-Protest vorerst ein.“ Dabei knickte ausschließlich die SPD-Fraktion ein - alle anderen Ratsmitglieder blieben bei ihrem bisherigen Votum.

Wir sind gespannt, wie sich die SPD-Fraktion bei der heutigen Abstimmung verhalten wird.

Wir müssen die beschränkten Finanzmittel, die wir zur Verfügung haben, auf die Projekte fokussieren, die wirklich wichtig sind für die Menschen in unserer Stadt und nicht für Prestigeprojekte verschwenden.

Im Sozialbereich macht uns immer noch die Flüchtlingskrise und die Zuwanderung von Menschen zu schaffen, die die Stadt unterbringen muss. Das bedeutet für die Stadt nicht nur organisatorische, sondern auch finanzielle Herausforderungen.

Ob mit den knappen Kassen die selbstgesteckten Ziele des „Sozialen Arbeitsmarktes“ erreicht werden können, ist äußerst fraglich.

Wir müssen den Ausbau von Kita-Plätzen forcieren und die Betreuung der Kindergartenkinder generell kostenfrei gestalten.

Vor dem Hintergrund der heute und zukünftig erforderlichen Sparmaßnahmen müssen wir prüfen, ob wir die Finanzierung bzw. Subventionierung des Stadttheaters noch weiter in diesem Umfang betreiben können.

Vielleicht sollten Steuergelder eher für wirklich notwendige Dinge, wie z.B. soziale Aufgaben oder dringend erforderliche Infrastrukturmaßnahmen aufgewendet werden.

Das Bemühen um Sicherheit und Sauberkeit zeigt erste Erfolge. Die Bürger wollen mit ihren Sicherheitsbedenken ernst genommen werden, so dass wir daran weiterarbeiten müssen.

Eine Verkehrswende können wir nur erreichen, wenn der ÖPNV massiv ausgebaut und verbessert wird. Die Taktung muss verbessert und lange Wartezeiten auf Anschlüsse vermieden werden.

Das Engagement für den Ausbau des Radverkehrs muss deutlich verstärkt und der Bau von sicheren, stressfreien Radwegen verbessert werden.

Insgesamt gesehen, ist Oberhausen allerdings auf dem richtigen Weg, deshalb werden wir dem Haushalt 2020 auch zustimmen.

Doch gibt es noch viel zu tun und deshalb abschließend die drei wichtigsten Aufgaben für 2020 in Oberhausen:

- Die Sicherheit und Sauberkeit muss deutlich und nachhaltig verbessert werden.
- Die Kindergartenbetreuung muss ausgebaut und für alle Kinder kostenfrei werden.
- Sparen heißt nicht Steuern und Abgaben erhöhen. Das ist mit uns nicht zu machen!

Die Ausgaben der Stadt müssen auf die für die Bürgerinnen und Bürger wirklich wichtigen Dinge konzentriert werden.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Glück auf!